

Anspruch an zeitgemäße Grüne Familienpolitik 2013 – Ideenpapier von Nina Stahr

Das Thema Familienpolitik war wahrscheinlich noch nie so präsent in den Medien und in der politischen Diskussion wie es das derzeit ist. Das ist zumindest ein positiver Nebeneffekt der desaströsen schwarz-gelben Familienpolitik unter Kristina Schröder. Dass die Union hier von einem Familienbild ausgeht und versucht, dieses zu zementieren, das schon längst gesellschaftlich überholt ist, ist in weiten Gesellschaftsteilen Konsens.

Bündnis 90/Die Grünen haben zu diesem Thema mehr zu sagen. Grüne Konzepte haben nie nur eine bestimmte Klientel bedient, sondern alle im Blick gehabt und sich auch für die eingesetzt, die keine eigene Lobby haben. Für Bündnis 90/Die Grünen steht das Kind im Mittelpunkt der Familienpolitik und sie fordern gleiche Rechte und Absicherungen für alle Kinder. Regenbogen- und Patchworkfamilien sind aus Grüner Sicht genauso „normal“ wie eine Vater-Mutter-Kind-Familie. Dass Schwule und Lesben das gleiche Adoptionsrecht haben müssen wie heterosexuelle Paare, steht außer Frage, genauso wie die Überzeugung, dass Frauen wie Männer die Möglichkeit haben müssen, nach der Geburt ihrer Kinder wieder eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. All diese Grundpfeiler Grüner Familienpolitik sind richtig und müssen nach der Bundestagswahl 2013 endlich konsequent umgesetzt werden.

Doch an einem Punkt müssen die Grünen umsteuern: Ihre Familienpolitik war im Hinblick auf die Rolle der Mütter fast ausschließlich darauf ausgerichtet, ihnen zu ermöglichen, eine eigenständige Existenz zu haben, mit eigenem Einkommen, eigener Karriere und somit auch eigener Altersabsicherung. Diese Möglichkeiten zu schaffen, war ein richtiger Weg. Es war ein steiniger Weg, und das Ziel ist noch nicht erreicht. Doch über den Mühen dieses Wegs haben die Grünen ein Stück weit die Familien selbst, was sie wollen und was sie brauchen, aus den Augen verloren. Sie haben übersehen, dass es viele Eltern gibt – Mütter wie Väter – die gar nicht unbedingt sofort wieder voll erwerbstätig sein wollen, sondern sich gerne mehr Zeit für ihre Kinder nehmen würden, indem sie zeitweise nicht oder in Teilzeit erwerbstätig sind. Die Grünen haben sich zu sehr von der Wirtschaft treiben lassen, die Erwerbsarbeit als einzig „richtige“ Arbeit ansieht. Es wäre angebracht, hier etwas kapitalismuskritischer zu fragen, ob es nicht neben der Erwerbsarbeit auch andere Arbeit gibt, die gesellschaftlich wertvoll ist. Was Eltern für die Erziehung, Bildung, Gesundheit und Integration ihrer Kinder leisten, kann durch keine noch so gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur ersetzt werden. Es ist nötig, sich neu bewusst zu machen, welche wichtige Rolle Familien – Kinder, Eltern, Großeltern – für unsere Gesellschaft spielen. Darauf aufbauend muss Grüne Politik an der Frage ausgerichtet sein, wie man erreichen kann, dass beide Elternteile eigenständig abgesichert sind und wie man gleichzeitig die Vielfalt der Lebensentwürfe von Familien so fördern kann wie es die einzelnen Familien brauchen. Dass dabei weiterhin das Kind im Mittelpunkt stehen muss, steht außer Frage – doch auch die Rolle der Eltern darf nicht vergessen werden.

Dieses Papier zeigt einige Ansätze auf, die die Grüne Familienpolitik nach der Bundestagswahl weiter bringen könnten. Es ist kein umfassendes Konzept für eine neue Familienpolitik; vielmehr soll anhand einiger Beispiele klar werden, in welche Richtung Grüne Familienpolitik sich in Zukunft entwickeln muss, wenn Bündnis 90/Die Grünen weiterhin die Partei sein wollen, die für alle Familien Unterstützung ist.

I. Was ist Familie – und warum ist sie so wichtig?

Familie ist da, wo Kinder sind. Diese Position des Grünen Grundsatzprogramms wird in Grünen familienpolitischen Debatten häufig zitiert, und es ist richtig, dass Familie überall ist, wo Menschen Verantwortung füreinander und insbesondere für Kinder übernehmen. Das kann die Patchworkfamilie sein, alleinerziehende Elternteile, homosexuelle genauso wie heterosexuelle Eltern oder Elternteile und verheiratete genauso wie unverheiratete Menschen mit Kindern. Nach

der nächsten Bundestagswahl muss es ein wichtiges Grünes Ziel bleiben, dass all diese Familienformen in der Gesellschaft und auch rechtlich genauso selbstverständlich als Familien anerkannt werden wie das verheiratete heterosexuelle Paar mit Kind(ern).

Was ist jedoch das Besondere an der Lebensform Familie? Kinder sind schließlich auch in der Kita, in der Schule, im Sportverein. Doch niemand würde behaupten, dass diese Institutionen Familie ersetzen könnten.

Eltern – leibliche genauso wie soziale – sind für Kinder deshalb besonders, weil sie von ihnen als erste und dauerhafte Bezugspersonen ursprüngliches Vertrauen und bedingungslose Liebe erleben. Das Vertrauen, das Eltern in den ersten Lebensjahren ihren Kindern mit auf den Weg geben, rüstet die Kinder für den Rest ihres Lebens. Hier übernehmen Eltern Verantwortung, die nicht delegiert werden kann.

Dass manche Eltern dieser Aufgabe nicht gewachsen sind und man Kinder in manchen Konstellationen möglichst schnell aus ihren Familien heraus holen und in staatliche Betreuung geben möchte bzw. muss, kann nicht dazu führen, diesen Weg für die gesamte Gesellschaft als modellhaft hinzustellen.

Denn Familie ist eben nicht nur da, wo Kinder sind, sondern auch da, wo Eltern sind. Das klingt logisch und eins bedingt das andere. Für Grüne Familienpolitik ist es jedoch wichtig, sich diese Tatsache neu bewusst zu machen und nicht nur die Kinder in den Blick zu nehmen, sondern auch die Eltern.

Ziel Grüner Politik muss es sein, alle Eltern in die Lage zu versetzen, ihre Rolle auszufüllen. Dafür kann es nicht ein Pauschalrezept geben, das bei allen Familien funktioniert. Grüne Politik muss flexible Modelle ermöglichen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Familien gerecht werden.

II. Kinder kosten Geld – Wie kann finanzielle Unterstützung für Familien aussehen und ihnen gleichzeitig die größtmöglichen Freiheiten bei der Ausgestaltung ihres Lebens lassen?

Seit langem fordern die Grünen ein Abschmelzen des Ehegattensplittings – eine vollkommen richtige Forderung, denn es ist nicht zu verstehen, warum die heterosexuelle Ehe eine so besondere Form der Verantwortungsübernahme zweier Menschen füreinander sein soll, dass sie die einzige ist, die staatlich gefördert wird. Klar ist auch, dass das Ehegattensplitting die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen oft noch verstärkt – und für viele Frauen ist der finanzielle Mehrwert eines (Vollzeit-)Jobs so unerheblich, dass es sich für sie kaum lohnt, neben Kindern und Haushalt (der in der Realität eben doch meist an den Frauen hängen bleibt) auch noch erwerbstätig zu sein, so dass viele Mütter in Teilzeit oder zeitweise gar nicht erwerbstätig sind und so auch im Alter finanziell wesentlich schlechter abgesichert sind als Männer. Das Ehegattensplitting ist also eine überholte Form der Familienförderung – die weder nur Familien noch alle Familien fördert, und im Gegenteil für viele Frauen sogar fatale Folgen haben kann.

Gleichzeitig muss bei dieser richtigen Forderung nach einem Abschmelzen des Ehegattensplittings aber klar sein, was es in vielen Familien leistet. Hier gleicht es oft zumindest teilweise den Verdienstaufschlag aus, den Eltern durch die teilweise oder vollständige Konzentration auf die Kinderbetreuung vorübergehend in Kauf nehmen. Viele Familien, bei denen ein Elternteil deshalb deutlich weniger verdient als der andere, profitieren vom Ehegattensplitting und würden ohne diese Förderung in finanzielle Probleme geraten. Für Familien mit Kindern muss es bei der Abschaffung des Ehegattensplittings deshalb einen Ausgleich geben.

Es gibt aber auch viele Familien, in denen beide Elternteile in Vollzeit erwerbstätig sein müssen, weil es keine andere Möglichkeit gibt, das Familienleben zu finanzieren. Familien, in denen beide Eltern ein sehr niedriges Einkommen haben, würde ein Mindestlohn direkt zugute kommen.

Deshalb müssen die Grünen die Einführung eines generellen Mindestlohns auch aus familienpolitischer Sicht dringend weiter voran treiben. Außerdem brauchen Familien, die am Existenzminimum leben, einen finanziellen Ausgleich, wenn sie sich für eine Teilzeittätigkeit

entscheiden. Auch sie müssen die Freiheit haben, sich mehr Zeit für ihre Kinder zu nehmen – Zeit für die eigenen Kinder darf kein Privileg von Reichen sein!

Klar ist dabei, dass finanzielle Unterstützung der Eltern nicht dem Ausbau der Infrastruktur entgegen stehen darf – deshalb gehört auch das Betreuungsgeld so schnell wie möglich abgeschafft. Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen bedeutet nicht, ihnen 150 Euro Bonus für's zu Hause Bleiben zu zahlen. Und wenn dieses Geld dann ausgerechnet den Familien, die es am nötigsten brauchen, nämlich Hartz-IV-Empfänger_innen, nicht ausgezahlt wird, ist es um so absurder. Eine Kindergrundsicherung oder eine Brücken-Grundsicherung sind da deutlich sinnvollere Ansätze.¹

Auch wenn die Kindergrundsicherung auf dem letzten Bundesparteitag nicht als prioritäres Ziel beschlossen wurde, sollte sich vor allem der Landesverband Berlin, der mit Kinderarmut deutlich heftiger konfrontiert ist als das in anderen Bundesländern der Fall ist, weiter dafür einsetzen. Da die Partei in absehbarer Zeit wahrscheinlich keine Mehrheit für ein bedingungsloses Grundeinkommen findet, wäre es durchaus eine Überlegung wert, eine Form der Brücken-Grundsicherung für Eltern einzuführen, damit sie selbstbestimmter entscheiden können, ob sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder sich Zeit für die Familie nehmen wollen.

III. Eltern zurück in den Beruf!?

Bündnis 90/Die Grünen haben sich lange dafür eingesetzt, Müttern so schnell wie möglich den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Es sollte weiterhin ein Grünes Ziel bleiben, diese Möglichkeit zu schaffen, wenn Mütter das wollen. Genauso wichtig ist es aber auch, das Bedürfnis von Eltern, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, ernst zu nehmen. Dabei ist es essentiell, sowohl die Familien im Blick zu haben, in denen beide Eltern arbeiten müssen, weil sonst das Geld einfach nicht reicht, als auch die Familien, in denen ein Elternteil (meist der Vater) zwar so gut verdient, dass der andere Elternteil (meist die Mutter) es sich zwar erlauben kann, nicht erwerbstätig zu sein und vorrangig die Erziehungsarbeit zu leisten, die Eltern aber lieber beide in Teilzeit arbeiten würden, um den anderen Teil der Zeit der Familie zu widmen, dies aber in ihrem Beruf nicht möglich ist. Die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Eltern müssen ausgebaut und den Eltern, die es sich finanziell nicht leisten können, für die Kindererziehung eine Weile zu Hause zu bleiben, muss eine finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten geboten werden, beispielsweise die bereits erwähnte Brücken-Grundsicherung.

Nichtsdestotrotz kann Familienförderung nur funktionieren, wenn auch die Betreuung massiv ausgebaut wird. Wenn Eltern arbeiten gehen möchten, reicht ein halber Kita-Platz nicht aus – selbst wenn die Eltern in Teilzeit arbeiten. Wegzeiten werden bei der Kitaplatzvergabe oft nicht mitgerechnet und wenn eine alleinerziehende Krankenschwester Nachtdienst hat, hat sie praktisch keine Möglichkeit, ihr Kind unterzubringen.

Wer den Eltern Wahlfreiheit ermöglichen will, muss also beides: die finanzielle Unterstützung verbessern und die Betreuungsmöglichkeiten ausbauen.

Des Weiteren muss es möglich sein, dass Eltern sich die Erziehungsarbeit teilen und beispielsweise beide in Teilzeit erwerbstätig sind, wie es etwa in Schweden selbstverständlich ist. Da, wo es nötig ist, muss dies vom Staat finanziell gefördert werden – oft jedoch ist finanzielle Hilfe gar nicht nötig, sondern es fehlt an der Bereitschaft der Unternehmen, Menschen in Teilzeit einzustellen und zum Beispiel Jobsharing anzubieten. Viele hochqualifizierte Akademikerinnen kehren nie in ihren Beruf zurück, weil sie gleich voll einsteigen müssten, was sie aufgrund der familiären Situation nicht möchten – und später, wenn die Kinder älter sind, wird ihnen aufgrund der längeren Erwerbspause

¹ Siehe dazu BDK-Anträge zu Kindergrundsicherung (http://www.gruene.de/uploads/tx_rsmproposals/188.pdf) und zu Brücken-Grundsicherung (http://www.gruene.de/uploads/tx_rsmproposals/457.pdf). Diese Anträge wurden nicht in dieser Form beschlossen, können aber zur Erläuterung der Konzepte dienen, wobei die Brücken-Grundsicherung hier vor allem als Maßnahme zur Überbrückung einer Zeit der Arbeitslosigkeit oder zwischen zwei Anstellungen dient, sie kann aber in einer für Familien angepassten Form auch als Unterstützung für Familien wirken.

ein Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erschwert. Hier Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen ist nicht nur familienpolitisch sinnvoll, sondern kann auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel zumindest ein Teil der Lösung sein. Es ist weder für den Staat noch für die Wirtschaft sinnvoll, Frauen lange Jahre auszubilden, aber ihr Potenzial später nie mehr abzurufen. Und auch für die Frauen selbst ist es ökonomisch nicht sinnvoll – bei solchen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt entscheiden sich deshalb viele Frauen, gar nicht erst Kinder zu bekommen. Um Teilzeit in hochqualifizierten Berufsfeldern zu ermöglichen, reicht es allerdings nicht, den Unternehmen die positiven Erfahrungen mit Jobsharing oder die sozialen Kompetenzen von Eltern schmackhaft zu machen. So lange es für ein Unternehmen teurer ist, zwei Menschen in Teilzeit zu beschäftigen als eine Vollzeitkraft, werden sich Arbeitgeber schwer tun, Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in großem Stil zu schaffen. Auch hier muss die Politik ansetzen. Es wäre eine Möglichkeit, für die Teilzeitstellen, die Unternehmen an Eltern vergeben, die Lohnnebenkosten zu senken und so die Teilzeitbeschäftigung von Eltern auch für Arbeitgeber rentabel zu machen.

Ein weiteres Puzzleteilchen kann die Einführung einer Frauenquote sein. Wenn Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, sich um mehr Frauen in ihren Führungsetagen zu bemühen, werden sie automatisch gezwungen sein, auf die Bedürfnisse von Frauen – und damit auch von Müttern – einzugehen.

IV. Altersabsicherung für Eltern

Frauen sind deutlich häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Das liegt nicht nur daran, dass sie bereits im Erwerbsleben für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommen, sondern auch daran, dass sie wesentlich häufiger Zeiten haben, in denen sie entweder gar nicht oder in Teilzeit erwerbstätig sind. Die Arbeit, die Eltern in ihren Familien leisten, sollte uns jedoch genauso viel wert sein wie Erwerbsarbeit – denn gesellschaftlich ist sie mindestens genauso wichtig. Deshalb sollte diese Arbeit für die Rente auch genauso zählen. Wer wegen Kindern für eine begrenzte Zeit zu Hause bleibt oder Teilzeit arbeitet, darf nicht im Alter finanziell darunter leiden müssen. Pro Kind kann ein Elternteil bis zu drei Jahre Erziehungszeit für die Rente in Anspruch nehmen. Häufig arbeiten aber gerade Frauen noch länger in Teilzeit und nehmen so Einbußen bei der Rente hin. Hier muss dringend ein Ausgleich geschaffen werden. Besonders gravierend ist die Situation beispielsweise bei Eltern von Kindern mit Behinderung, wo oft ein Elternteil gar nicht arbeiten kann – auch hier müssen individuelle Unterstützungsangebote erarbeitet werden, die auch die Altersabsicherung mit abdecken.

Außerdem muss es auch im Hinblick auf die Altersabsicherung möglich sein, die Erziehungsarbeit zu teilen – und damit auch die Ansprüche für das Alter.

Auch die Tatsache, dass Erziehungszeit generell erst einmal der Mutter für die Rente angerechnet wird, während Väter, die Elternzeit nehmen, dies aktiv rechtzeitig anmelden müssen (worüber sie allerdings häufig nicht informiert werden), zeigt, wie überholt die Gesetzeslage hier ist. Es gilt also, hier ein umfassendes Modell auszuarbeiten, das all diese kleinen und großen Puzzleteile zusammenfügt und eine zeitgemäße, den Realitäten des Familienlebens entsprechende Altersabsicherung für Eltern bietet.

All diese Maßnahmen werden – je nachdem, wie umfassend sie umgesetzt werden – sehr viel Geld kosten. Es ist klar, dass vor dem Hintergrund der Finanz- und Eurokrise die Spielräume, die eine Bundesregierung ab 2013 haben wird, sehr gering sind.

Nichtsdestotrotz muss bei der Familienpolitik in den nächsten Jahren dringend eine Priorität gesetzt werden. Soziale Gerechtigkeit wird eines der Schwerpunktthemen im Wahlkampf 2013 sein. Es gilt, dieses abstrakte Thema auf konkrete Projekte herunterzubrechen und mit Leben zu füllen. Eine zeitgemäße Familienpolitik, die nicht nur eine bestimmte Klientel bedient oder eine bestimmte Familienform fördert, ist dringend notwendig.

Kinder sind nach wie vor eins der größten Armutsrisiken in Deutschland. Es verwundert nicht, dass unter den derzeitigen Bedingungen Frauen in Deutschland nur durchschnittlich 1,3 Kinder zur Welt bringen. Es reicht nicht, mit ein paar kleinen Maßnahmen und vielen schönen Worten zu hoffen, dass sich die Situation schon wieder ändern wird. Wir brauchen dringend mehr Kinder in Deutschland, diese Tatsache steht außer Frage – wer das erreichen will, muss bei der Familienpolitik ansetzen und die Kindererziehung in Deutschland endlich mehr fördern anstatt Eltern mit ihren Problemen bei der Versorgung ihrer Kinder allein zu lassen.

Grüne Familienpolitik 2013 muss also

1. endlich alle Familienformen gleich stellen – egal ob heterosexuell, verheiratet, alleinerziehend, homosexuell oder Patchwork,
2. individuell alle Familien da fördern, wo sie es brauchen – sei es finanziell oder durch Maßnahmen, die Eltern mehr Zeit für ihre Kinder verschaffen,
3. den Kitausbau vehement voran treiben, um den Bedarf zu decken und Eltern echte Wahlfreiheit zu geben und
4. Eltern, deren Erwerbsbiografien durch Zeiten der Kindererziehung unterbrochen wurden, für das Alter zuverlässig absichern.

Nina Stahr, im Dezember 2012